

Die Redebeiträge anlässlich der Montagsdemo am 07.04.2014 befassten sich im wesentlichen mit folgenden Themenfeldern:

1. Stand der Wahlvorbereitung der Wählervereinigung Bündnis für Gerechtigkeit
Die vom Bündnis eingereichten 13 Kandidaten zur Wahl des neuen Stadtrates wurden von der Wahlkommission alle bestätigt.

Es erfolgte ein Dank für die tatkräftige Unterstützung an alle Anwesenden und die Freunde und Mitglieder der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben.

Natürlich auch ein Spendenaufruf für den Wahlkampf in Form unserer "Sammelbüchse", in die kräftig eingezahlt wurde.

Im Anschluss wurden die politischen Ziele (Leitlinie) des Bündnis für Gerechtigkeit vorgestellt (Anhang) und über die Schwerpunkte des Wahlprogramms informiert.

In einer Redaktionskonferenz am 12. 04. 2014, zu der auch noch weitere Hinweise von Bürgern entgegengenommen werden, soll das Programm in der nächsten Woche fertig gestellt sein.

2. Die MDR Sendung Fakt ist vom 31. 03. 2014 war Gegenstand einer Vielzahl von Kommentaren. Sie reichten von Kopfschütteln bis zu völligem Unverständnis zur Außendarstellung des Weißenfeller Bürgermeisters. Ein Wortmitschnitt gibt Anlass für Spekulationen. Ist er plötzlich vom Saulus zum Paulus mutiert? Seine Äußerungen zur Finanzierung der Abwasserbeseitigung (Infrastruktur) durch Nutzer waren jedenfalls so zu verstehen. Allgemeiner Eindruck aber, Herr Risch ist so eingewebt in einer Vielzahl von Lügengespinnsten, dass er wohl in dieser Stresssituation den Überblick verloren hat und mal für einen kurzen Augenblick wenigstens teilweise einfach nur zur Wahrheit zurückgefunden hat.

3. Die MZ Presseinfo zur Steigerung der Abwassergebühren war der Aufreger schlechthin. Völliges Unverständnis und Empörung darüber, mit welcher Dreistigkeit und Kaltschnäuzigkeit das Anliegen der Bürger für eine moderate Gebührengestaltung ihrer abflusslosen Sammelgruben vom Tisch gefegt wurde und über die von der AÖR selbst gesetzten Ursachen und ein Verschleppen der Grundstücksanschlüsse für Privathaushalte über Jahrzehnte, andererseits aber Einsatz für Millionenzuschüsse an Unternehmen. Es gab ein eindeutiges Solidaritätsbekenntnis mit den Betroffenen. Das Thema ist in einem neuen Stadtrat ohne Konzernlobby (CDU/Linke) auf jeden Fall ein im Sinne der Bürger kurzfristig zu lösendes Problem.

Die vom OBM über die Presse verkündete Absicht die Abwassergebühren der Bürger zu erhöhen, fand nicht nur bei den Montagsdemonstranten Unverständnis. War es doch die BI, die von einer Gebührensenkung ab Januar 2013 abgeraten hatte (nicht abgelehnt). Man hätte die Mehreinnahmen beispielsweise an Stelle der 100%igen Steigerung der Gebühr für abflusslose Gruben verwenden können. Nun ein knappes Jahr später kam das Kommando zurück und dies gleich mit infamen Begründungen wie: weil der HKB nicht begetrieben werden konnte, weil Verjährung für HKB II droht, usw. Dabei hat das Eine nichts mit dem Anderen zu tun. Gebühren müssen für die Aufwendungen zur Abwassereinigung kostenneutral kalkuliert werden. Der HKB dient zu Tilgung bisheriger Investitionen, so das bisherige Kommunale Abgabengesetz (KAG). Herr Risch sollte an Schulungsmaßnahmen der AÖR teilnehmen, so das Fazit der Demonstranten.

Eines war allerdings auffällig: Kein Wort zu den subventionierten Abwassergebühren der LM Konzerne und zu den Starkverschmutzerzuschlägen. Hier wäre der Hebel anzusetzen. Ein Rechtsverstoß ohne Gleichen. Gebühren müssen für alle in gleicher Höhe entrichtet werden. WSF bevorzugt die völlig unakzeptable Masche mit Geheimverträgen. Es wird Zeit das ein neuer Stadtrat diese unglaublichen Machenschaften aufdeckt. Selbst im Hauptausschuss hagelte es Kritik: "Seit wann wird Abwasserpoltik über die Presse betrieben und nicht von den zuständigen Entscheidungsgremien (Verwaltungsrat AÖR)?" so Herr Wanzke.

Selbst einem CDU Stadtrat war das zuviel: "Wir (Stadträte) haben gerade einen Herrn Dittmann als GF AÖR gewählt, damit der das Schiff Abwasser WSF in ruhiges Fahrwasser bringt- und nun das."

Herr Risch sollte ihn zur Brust nehmen und klare Ansagen machen (war das eine versteckte Abmahnung?) Wir sagen im Bezug auf Herr Dittmann, er soll schleunigst seine devote Haltung Risch gegenüber aufgeben: immer in die Richtung bellen, an der der OBM an der Leine zieht, das geht schief! Soviel Unkenntnis in Abwasserfragen traut selbst die BI Herrn Dittmann nicht zu.

Aber vielleicht sehen wir alles verkehrt, eventuell ist es in WSF ein neuer Ansatz kommunale Politik zu machen. Eine Ted Umfrage : "Wollen Sie höhere Abwassergebühren ja oder nein?" Und eine Ergänzung: "Wollen Sie, dass die Industrie die gleichen m3- Preise bezahlt, wie der Bürger?", wäre sicher eine Wende zum Besseren. Solche Presseberichte würden wir gerne lesen.

4. Der verlorene Prozess um die Abwasserstrafabgaben beschäftigt die Gemüter vieler Weißenfelser. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Halle befindet sich seit über einer Woche (1. 4. 2014) in den Händen der Stadtverwaltung (und nicht wie Risch sagt, wir warten noch darauf). Auch die BI hat das Urteil angefordert und wird nach Erhalt eine Auswertung vornehmen. Eins zeigte der Verlauf eindeutig: hier wird mit gezinkten Karten gespielt. Warum war die Fa. Tönnies nicht als beigeladene Partei beteiligt. In so einem Fall wäre das Fleischwerk an alle Feststellungen des Gerichtes gebunden, z. Bsp.an die akribische Aufzählung der Schlachtzahlerhöhungen mit den höheren Abwasseranfall und den vielen Verstößen. So kann nun im Zivilprozess alles abgestritten werden und die Stadt muss sich von Instanz zu Instanz durchklagen. Auf ca. 1 bis 2 Millionen € werden die möglichen Prozess-Anwaltskosten geschätzt. Sie kommen dann noch zu den 10 Mill. € Strafabgabe hinzu. Als ein Fass ohne Boden droht sich das Ganze für WSF zu entwickeln. Das aber nur, weil die politisch Verantwortlichen damit ihren Kopf aus der Schlinge bekommen. Prozesse mit Kosten ohne erkennbares Ende, eine Horrorvision für Weißenfels. Dies nur wegen der Schreihäse aus der CDU und der Linken, mit ihrer verantwortungslosen Lobbyarbeit zu Gunsten des Mollochs Tönnies! Hier gilt es noch diverse Verantwortungsketten aufzudecken. Viel Arbeit für einen neuen Stadtrat!

5. Hochspannungstrasse (Trasse des Zorns oder Weißenfelser Bogen):

Empörung quer durch die WSF Bürgerschaft. Ohne jede Vorankündigung oder wie es die Gemeindeordnung vorschreibt, als Tagesordnung zu veröffentlichen, wurde das Thema Trasse im Stadtentwicklungsausschuss am 31. 3. 2014 behandelt. Ein Vertreter von 50 Herz war geladen und er erzählte natürlich das was Herr Risch an Beruhigungspillen bereit hält. Alles noch nicht soweit für Bürgerdiskussion, irgendwann im III. Quartal 2014. Dabei laufen die Bürger landauf und landab Sturm gegen diese Planung. In Thüringen stellen sich Landes - und Kommunalpolitik an die Spitze der Proteste, während hier Herr Risch alles vertuscht und auf die lange Bank schiebt. Wir fragen ihn: "Was haben Sie für den Verrat an ihren Bürgern in Aussicht gestellt bekommen?". Das wollten die versammelten Bürger auf den Markt wissen.

Besonders für die Betroffenen soll ein Hinweis dienen, der im Anhang auf die Gefahren aufmerksam macht. Das sollten bitte auch alle Stadträte lesen und danach handeln. Lassen Sie nicht zu, dass wegen schöner Landschaft um einen möglichen Korridor Menschen an anderer Stelle in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Machen Sie dem OB Feuer unterm Frack, damit er sich nun endlich für seine Bürger einsetzt oder zu erkennen gibt, wer seine Auftraggeber sind, die im Hintergrund die Strippen längst gezogen und den Daumen über Weißenfels gesenkt haben.

Vorstand